



» « **Frank Bsirske** Vorstandsvorsitzender der Gewerkschaft Verdi

## Ich will den freien Fall der Löhne verhindern.

**Fakt ist:** Der gleiche Mann, der diese Sätze spricht, zwingt seine rund 4000 Angestellten jetzt zu Gehaltskürzungen und Nullrunden. 2004 gabs die erste Nullrunde, 2005 müssen Verdi-Beschäftigte auf 2,5 Prozent des Gehalts verzichten, 2006 wird das Gehalt auf Vorjahresniveau eingefroren und 2007 soll es wieder auf den Stand von 2004 angehoben werden.

Zum Vergleich: Bei der Telekom forderte Verdi 2004 fünf Prozent mehr Gehalt, organisierte erst einen Warnstreik in Baden-Württemberg, dann einen Arbeitskampf im gesamten Bundesgebiet. Am Ende erreichte Sie eine Steigerung von 2,3 Prozent.

tend für die Situation vieler Angestellter in arbeitnehmersnahen Organisationen. Es ist in Deutschland Wirklichkeit geworden, dass Gewerkschaften, SPD und sogar die Kirchen härter mit ihren Mitarbeitern umgehen als selbst große Unternehmen, die unter gewaltigem Kostendruck stehen.

Hinzu kommt: Nirgendwo genießen Beschäftigte so wenig Schutz wie gerade bei den Gewerkschaften. Denn ausgerechnet die Gewerkschafts-Angestellten haben keine eigene Interessenvertretung. Verdi weigert sich, die Gewerkschaft der Gewerkschaftsmitarbeiter (VGB) anzuerkennen. Dass Verdi damit gegen geltendes Recht verstößt, hat Gewerkschaftsboss Frank Bsirske vom Arbeitsgericht Düsseldorf schriftlich bekommen. Im August 2004 hatte eine Beschäftigte geklagt - und gewonnen.

### Verdi ignoriert Gerichtsurteil

Horst-Udo Niedenhoff, Gewerkschaftsexperte beim Institut der deutschen Wirtschaft in Köln: »Verdi vergeht sich am geltenden Recht. Der Vorstand kann den Betriebsrat fast nach Gutdünken erpressen, weil der Betriebsrat nicht zum Streik aufrufen darf. Verdi geht bewusst an den Schwä-

# Die Heuchler

**Die lautesten Kritiker der Unternehmer sind selbst die rüdesten Arbeitgeber im Land: Gewerkschaften, SPD und die Kirche.**

**M**artin Lesch, 53, kann nicht glauben, was er da hört. In der Mitarbeiter-Versammlung der Gewerkschaft Verdi in Dresden sagt Gesamt-Betriebsrat Thomas Voß: Fünf Prozent des Gehaltes jedes Verdi-Mitarbeiters ziehe die Gewerkschaft künftig ein - auf unbestimmte Zeit. Das Geld werde verzinst und später zurückgegeben, frühestens 2008. Ein Zwangsdarlehen. »Selbst Schlecker, Aldi oder Lidl würden es nicht wagen, das ihren Mitarbeitern

vorzulegen«, sagt Lesch - und reicht im April 2004 Klage beim Arbeitsgerichtes Leipzig ein. In der Folge rufen rund 70 weitere Verdi-Mitarbeiter die Arbeitsgerichte an. Das Zwangsdrähen können sie so verhindern, die drastischen Gehaltskürzungen nicht (siehe oben).

Es klingt paradox: Die Gewerkschaft Verdi, die für die Rechte der Arbeitnehmer kämpfen soll, wird von ihren eigenen Mitarbeitern verklagt. Und doch steht dieser Fall stellvertre-

cheren heran und erreicht Abschlüsse, die neuerdings noch nicht mal die Hälfte von dem betragen, was Verdi selbst bei anderen Unternehmen durchsetzt.«

Dafür begründet Verdi-Sprecher Harald Reutter die Phobie gegen hausinterne Gewerkschaften mit »Spiegel-fechtere«. Sein Argument: Eine Gewerkschaft der Gewerkschaft bräuhete auch Mitarbeiter. Diese Mitarbeiter müssten auch vertreten werden, benötigten wieder eine Gewerkschaft - und so gehe das immer weiter bis ins Unendliche. Da sei es besser, gleich einen Schlusspunkt zu setzen.

Einen Schlusspunkt anderer Art predigt der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Bischof Wolfgang Huber. Er wettet gegen Massen-Entlassungen in der Wirtschaft und ruft nach mehr Gerechtigkeit: »Wir brauchen Arbeit für diejenigen, die arbeitslos sind.« Fakt ist allerdings: Hubers Landeskirchen bauen Jobs im großen Stil ab. Sie holen Unternehmensberater in die Gemeinden und

gliedern Bereiche aus. Die thüringische Kirche will in jedem der 18 Kirchenkreise eine Pfarrstelle aufgeben. In Mecklenburg-Vorpommern sollen 24 der 325 Stellen für Kirchenbeamte dem Rotstift zum Opfer fallen.

Und nicht nur Jobs stehen zur Disposition: Von diesem Jahr an wird die Landeskirche Hannover den rund 2000 Pastorinnen und Pastoren sowie den rund 400 Kirchenbeamten das Weihnachtsgeld streichen. Das soll bald auch für die rund 25 000 Angestellten und Arbeiter der Landeskirche gelten. Grund für die Kirchen-Krise sind schwindende Mitgliederzahlen: Seit 1993 laufen den protestantischen Kirchen im Jahr rund 230 000 Mitglieder davon, bei den Katholiken sind es 170 000.

Die Folgen erfahren vor allem die Angestellten in der nordelbischen Kirche: Sie beschäftigt insgesamt rund 16 000 Mitarbeiter. Doch die Finanzlage ist desolat. 3000 Stellen sind in Gefahr. Darum werden auch im Kreis Lübeck Gemeinden zusammenge-

fasst. Für jede dieser neuen Gemeinden gibt es eine »Personal-Schlüssel-Zuweisung«.

Es regt sich Protest. Michael Koch, Vorsitzender des Gesamtausschusses der Mitarbeitervertretungen in der nordelbischen Kirche, geht mit der Kirchenführung hart ins Gericht. Die Mitarbeitervertretungen hätten mehrfach versucht, eine Rahmenvereinbarung zu Stande zu bekommen, die in der Konsequenz betriebsbedingte Kündigungen verhindere. Ohne Erfolg. »Bei Karstadt, Opel und VW scheint so etwas möglich zu sein. Aber die nordelbische Kirche behindert es«, sagt Koch. Er fordert eine sanftere Gangart bei der Kirche: »Es ist wahr: Wir verlieren Mitglieder - und damit Geld. Aber wir sind nicht von heute auf morgen pleite. Die Kirche verfügt über erhebliches Vermögen. Der Personalabbau muss gestreckt werden.«

Die protestantischen und katholischen Kirchen beschäftigen insgesamt rund 1,3 Millionen Menschen in ▶

» » Bischof Wolfgang Huber Ratsvorsitzender der Evangelischen

## Ich bestärke Unternehmer, die den Abbau von Arbeitsplätzen nicht als Erfolg ansehen.

**Fakt ist:** Sinkende Mitgliederzahl zwingen die Kirchen zu erheblichen Personalmaßnahmen. Schon jetzt geht die evangelische Kirche vielen Mitarbeitern ans Weihnachtsgeld. Die Landeskirche Hannover etwa streicht 2400 Mitarbeitern die Sonderzahlung. Aber auch vor Stellenabbau macht die Kirche nicht halt: Die badische Landeskirche besetzt Pfarrstellen seit Jahren nicht neu, in Mecklenburg-Vorpommern sind 24 von 325 Stellen bedroht und in der nordelbischen Kirche bangen 3000 von 16000 Angestellten um ihren Job.





Michael Sommer Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds

## Hartz IV bedeutet für hunderttausende ein Verarmungsprogramm.

Deutschland. Wie hoch die Zahl der ausgemusterten Sekretäre, Musiker, Küster ist, kann jedoch keiner mit Sicherheit sagen. Die Organisationen sind zersplittert, eine Gesamt-Erfassung fehlt.

Nur eines ist klar: Die blanke Not hat auch die katholische Kirche fest im Griff. Vor einem Jahr leistete der Berliner Kardinal Sterzinsky den Offenbarungseid. Das Erzbistum ist so überschuldet, dass keine Bank Kredit gewähren wollte. Zähneknirschend mussten die anderen Bistümer den Berlinern ein Darlehen in Höhe von 50 Millionen Euro in drei Tranchen gewähren. Trotzdem baut Sterzinsky von 1050 Stellen insgesamt 440 ab.

Und so ergeht es den Mitarbeitern in vielen Bistümern Deutschlands. Aachen: 150 Stellen weniger - von 1000. Hildesheim: 500 Stellen weniger - von 1500. Passau: 50 Stellen weniger - von 800. »Rechnet man das auf die 27 katholischen Bistümer Deutschlands hoch, fallen da in den

**Fakt ist:** Der DGB will jetzt seine Abteilungen für Rechtsschutz auflösen und in eine GmbH umwandeln. Die Angestellten sollen dort mit abgespeckten Rechten weiterarbeiten. Gewerkschaftsexperte Niedenhoff klagt: »Der DGB geißelt öffentlich betriebsbedingte Kündigungen. Aber in den vergangenen Jahren haben die Gewerkschaften selbst insgesamt rund 20 Prozent ihrer 12 000 Mitarbeiter abgebaut. Allesamt Kandidaten für Hartz IV. Sie machen dasselbe wie die Wirtschaft - aber sie wollen es vertuschen.«

kommenden Jahren mehrere tausend Stellen weg«, sagt Erich Scezepanski, der in der Mitarbeitervertretung im Bistum München war.

Auf den ersten Blick scheint die SPD vergleichsweise gut dazustehen. In den Landesverbänden rollen die ersten Entlassungswellen schon seit Jahren. Was den SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering nicht hindert, gegen Firmenchefs zu wettern, die nichts anderes tun als der Arbeitgeber SPD: »Einige Unternehmen versuchen, die Gunst der Stunde zu missbrauchen. Sie wollen Dumpinglöhne

durchsetzen und stellen die Belegschaften vor unglaubliche Alternativen.«

Doch Fakt ist: Auch bei der SPD brechen die Mitgliederzahlen ein, Ende 2003 konnte Schatzmeisterin Inge Daniel-Wettigmeier in einem Interview betriebsbedingte Kündigungen nicht ausschließen. Mittlerweile ist zu hören, die Lage habe sich entspannt. In der Parteizentrale kam es zu eher harmlosen Sparmaßnahmen. Die Führung strich Bahnfahrten erster Klasse. Kaffee, Tee und Erfrischungsgetränke müssen die Partei-Angestellten nun selbst zahlen.

In den Landesverbänden dagegen wird mit härteren Bandagen gekämpft. Im Landesverband Bayern etwa mussten die Mitarbeiter 2003 eine Nullrunde hinnehmen. Noch ägrier geht es im Landesverband Schleswig-Holsteiner zu. Dort wollte der SPD-Landesverband schon im Jahr 2000 den Tarifvertrag kündigen und drängte auf Gehaltskürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

### Aufstand in der SPD

Da platzte dem Genossen Drescher der Kragen. Er mobilisierte seine Kollegen im Betriebsrat, dem er selbst angehörte, und drohte seinem Arbeitgeber, dem SPD-Landesverband, mit einem Streik.

Pikante Randnotiz: Verdi-Mitglied Drescher fragte bei seiner Gewerkschaft nach einer Genehmigung für eine Urabstimmung über einen Streik. Und bekam sie prompt. Die Gewerkschafter, die bei Gehaltskürzungen und Stellenabbau im eigenen Haus kaum Kritik dulden, hatten keine Probleme, dem Arbeitgeber SPD in die Parade zuzufahren, wenn er sich das gleiche Recht anmaßt.

Am Ende machte die SPD in Schleswig-Holstein das, was viele Unternehmen derzeit tun müssen: Sie einigten sich mit dem Betriebsrat auf einen Sozialplan, der bis zum Jahr 2006 läuft. Dieser schließt betriebsbedingte Kündigungen zwar vorläufig aus - aber nur unter der Voraussetzung, dass bis dahin 13,5 von insgesamt 33,5 Arbeitsplätzen abgebaut werden.

Markus Waitschies [ressotr.politik@impulse.de](mailto:ressotr.politik@impulse.de)





